

Sitzung des LIGA-Ausschusses „Migration und Integration“

Protokoll vom 03.02.2021

Uhrzeit von 08:50 Uhr bis 11:20 Uhr

Das Treffen wurde im Rahmen einer Videokonferenz digital durchgeführt und hat wegen technischer Probleme verspätet begonnen.

Anwesend: Frau Rabea Pallien, Herr Stefan Gebhardt, Herr Willi Mayer, Herr Helmut Selzer, Herr Ralph Stappen, Herr Schappert, Frau Monika Herb (kam später dazu), Rudolf Bard

Entschuldigt: Frau Buchheit/AWO (Nachfolgerin von Frau Plötz)

Nr.	TOP / Inhalt	Absprache / Auftrag / Entscheidung	Erledigen von / bis
1.	Eröffnung und Begrüßung		
		Frau Rabea Pallien eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur ersten Ausschusssitzung im neuen Jahr.	
2.	Protokoll vom 04.März 2020 (versendet per Mail am 09. März 2020)		
		Das Protokoll wurde in der vorliegenden Form verabschiedet.	
3.	Aktuelles aus dem AnKER-Zentrum: - Weiterarbeit „Gewaltschutz“ AnKER Lebach, - Hygienesituation Lebach, - Unterbringung Braunshausen		
		Das AnKER-Zentrum ist zurzeit mit rund 1.000 Personen belegt, incl. der Bewohner von Braunshausen; aktuell gibt es fünf Covid-Infizierte und 35 Bewohner sind in Quarantäne.	

		<p>Täglich werden zwischen 10 bis 15 Personen neu in der Einrichtung aufgenommen; überwiegend aus Syrien und dem Irak. Seit Mitte Dezember sind viele Familien mit schulpflichtigen Kindern angekommen, die bisher noch nicht in den Schulen aufgenommen wurden. Die Förderklassen der Schulen haben im Moment keine Präsenzpflicht. Eine weitere Verteilung von Bewohner ist nur angedacht für besondere Risikogruppen.</p> <p>Das Tragen von OP-Masken ist lediglich bei der Ausgabe von Lebensmitteln und Hygieneartikeln notwendig oder bei Einkäufen, Behörden oder der Nutzung von Verkehrsmitteln. Aufgrund der engen Wohnbelegung und der damit verbundenen Infektionsgefahren, wäre es sinnvoll, diese zu tragen, sobald man seinen Wohnraum verlässt.</p> <p>Kurz vor Jahresende wurden die Verbände darüber informiert, dass die Bundesmittel zur Durchführung von Projekten im AnKER-Zentrum stark gekürzt wurden, sodass sich alle Verbände auf eine Prioritätenliste zur Durchführung ihrer Projekte verständigen mussten. Bei allen Verbänden werden einzelne Projekte nach und nach eingestellt. Selbst bei den Sozialberatungsstellen sind nicht alle Finanzierungen sicher. Hierbei wurde erneut deutlich, dass Ministerien wenig Verständnis für Vertragsverpflichtungen von Trägern haben.</p> <p>Weiterarbeit „Gewaltschutz“:</p> <p>Stefan Gebhard berichtete von der Weiterarbeit an der Gewaltschutzkonzeption des AnKER Zentrums im Rahmen einer Videokonferenz am 12.2. Ziel: mehr „Kann“-Aussagen in „Soll“- oder „Muss“-Verpflichtungen umzuwandeln. Die Aufgaben einer unabhängigen Beschwerdestelle sollen formuliert werden.</p> <p>Hygienesituation Lebach:</p> <p>Besondere Probleme gibt es bzgl. der Hygienesituation in den Häusern der Pommernstr. 9 und 11. Hier werden alleinreisende Männer untergebracht, die ihre Wohnungen und ihre gemeinsam genutzten Küchen in unzumutbaren hygienischen Zuständen hinterlassen. Das Säubern der Wohneinheiten durch die Hausmeister hält nur kurzzeitig an, da sich die Bewohner weigern, die notwendigen Reinigungen selbst durchzuführen. Regelmäßiges Hinweisen und Aufmerksam machen führten bisher zu keinen Veränderungen. Sanktionsmöglichkeiten der Verwaltung gibt es nicht. Längerfristige Lösungen sind</p>	
--	--	---	--

		<p>schwierig.</p> <p>Unterbringung Braunshausen:</p> <p>Die Dependance Braunshausen wird mit einer Belegung von 50 Personen bis Ende März weitergeführt. Die wöchentlichen Beratungen der Wohlfahrtsverbände vor Ort werden wenig in Anspruch genommen. Die Bewohner wollen in der Regel wissen, wie es für sie weitergeht; ob sie nach Lebach zurückkommen oder auf die Kommunen verteilt werden. Unklar ist, wie viele sich dort nur auf dem Papier aufhalten.</p>	
4. Asylbegleitung in den Kommunen			
		<p>Das Projekt wurde kurzfristig im Dezember auf den Weg gebracht, nachdem rund 300 Personen aus dem AnKER-Zentrum, die sich in laufenden Verfahren befanden, auf die Kommunen umverteilt wurden. Projektzeitraum: 01.12.20 bis 31.05.21. Die Infos der Verwaltung über Wegzüge in die Kommunen für Personen ohne Aufenthaltstitel, werden zukünftig den Asylbegleitern vom DRK übermittelt. Die Caritaseinrichtungen Lebach erhalten eine Liste aller Wegzüge aus der Einrichtung.</p> <p>Rudolf Bard berichtet von den Erfahrungen des Asylbegleiters der Caritas mit Schwerpunkt in Sulzbach. Dort wurden mehr als 30 Bewohner in einem ehemaligen Hotel zugewiesen. Zu allen Bewohnern wurde ein persönlicher Kontakt vor Ort aufgenommen, um als Ansprechpartner für vielfältige Anfragen zur Verfügung zu stehen. Die Zusammenarbeit mit der Ansprechpartnerin der Stadt funktioniert gut. Erste Kontakte zur örtlichen Gemeinwesenarbeit wurden hergestellt.</p> <p>Probleme gibt es vorallem mit der Wohnraumversorgung, da alle Hausbewohner eine gemeinsame Küche im Erdgeschoss nutzen müssen, was sehr aufwendig ist und ein hohes Maß an Absprachen und Rücksichtnahme erfordert. Dies hat bei einzelnen Familien bereits dazu geführt, dass sie sich darum bemühen, eine eigene Wohnung im Sozialraum zu finden.</p> <p>Frau Herb von der Caritas in St. Ingbert berichtet, dass die Vermittlung von Kontakten zu Behörden und den Beratungszentren gut funktioniert. Zu allen wurde Kontakt aufgenommen und bei Bedarf Hausbesuche durchgeführt.</p>	

		<p>Das DRK berichtet, dass die eingesetzte Kollegin bereits in Lebach zu den Betroffenen Kontakt aufgenommen hat und dieser dann am neuen Wohnort weitergeführt werden kann.</p> <p>Das Diakonische Werk hat in Neunkirchen alle Zugewiesenen ein- bis zweimal aufgesucht und die Anbindung zu den örtlichen Migrationsdiensten von Diakonie und Caritas vermittelt.</p> <p>Willi Mayer kann die bisherigen positiven Erfahrungen durch die Asylbegleiter in den Landkreisen St. Wendel, Saarlouis und Merzig-Wadern ebenfalls bestätigen. Bisher sei alles gut angelaufen; lediglich die Wohnraumversorgung ist teilweise schwierig.</p>	
5. ILO/LIB-Anträge, Rückmeldung Sozialministerium			
		<p>Herr Oldenburg hat sich als Referatsleiter des Sozialministeriums zu Beginn des neuen Jahres verabschiedet. Seine Vertretung haben Frau Boeing und Frau Weinrich übernommen, die bereits eine Mail zum Projektmanagement als Leitfaden übersandt haben.</p> <p>In einer zweiten Mail wurden die Verbände aufgefordert, die Sachberichte zum Verwendungsnachweis 2020 bereits nach den dort vorgegebenen Kriterien zu schreiben. Frau Pallien wird als Vorsitzende für den LIGA-Ausschuss „Migration und Integration“ das Ministerium anschreiben und darauf hinweisen, dass die Berichte nach den Vorgaben der Antragstellung erfolgen werden und dass eine veränderte Berichterstattung nach den neuen Kriterien sicherlich für das Haushaltsjahr 2021 möglich ist.</p>	<p>Stefan Gebhardt übersendet ein Organigramm des Sozialministerium an die Ausschussmitglieder</p>
6. Asylverfahrensberatung			
		<p>Stefan Gebhardt berichtet über die Bitte von Pfarrer Blank, politisch aktiv zu werden und das Thema unabhängige Asylverfahrensberatung an Bundestagsabgeordnete heranzutragen. Willi Mayer von der Caritas und Ralph Stappen vom Paritätischen Wohlfahrtsverband befürworten dies ebenfalls. Herr Schappert berichtet von Kontakten zum Bundestagsabgeordneten Herrn Uhl im letzten Jahr.</p> <p>Er wird verabredet, dass Frau Pallien den Vorschlag zur Erstellung eines Faktenpapiers</p>	

		<p>durch den LIGA-Ausschuss für die Fraktionen dem LIGA-Hauptausschuss, der am 9.2. tagt, vorschlägt. Auf zwei bis drei Seiten sollen drei wichtige Themen näher dargestellt werden.</p> <p>Themenvorschläge: 1. Psychosoziale Versorgung von Asylsuchenden 2. Unabhängige Asylverfahrensberatung 3. Versorgung in kommunalen Strukturen</p>	
7.	Zusammenarbeit mit anderen LIGA-Ausschüssen		
		<p>Es wurde vereinbart, dass für das nächste LIGA-Ausschusstreffen am 7.4. jeweils eine Person aus drei anderen Fachausschüssen eingeladen werden, um sich miteinander auszutauschen und mögliche Schnittstellen der Zusammenarbeit abzustimmen. Für den Austausch werden 1,5 Stunden eingeplant. Angesprochen werden je eine Person aus dem Fachausschuss „Arbeit“, „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ sowie „Behindertenhilfe“ und „Psychiatrie“.</p>	
8.	Verschiedenes		
		<p>Infos zu AMIF und ESF+- nächste Förderperiode</p> <p>Frau Klein-Nalbach hat uns aktuelle Informationen zur neuen EU-Förderphase übersandt. Danach wird das Budget für das ERASMUS-Programm fast verdoppelt. Im ESF+ werden zusätzliche Bereiche wie EHAB, ... aufgenommen. Ende Juni soll über die Mittelverteilung entschieden werden und im Herbst sollen die ersten Anträge gestellt werden. Insgesamt ist die Ausrichtung grün und sozial; Stadtteilentwicklung hat einen hohen Stellenwert.</p> <p>Für das Saarland sind 20 Millionen € vorgesehen, die durch Umschichtung auf 65 Millionen aufgestockt werden sollen. Für den Bereich LIB/BIZ sind voraussichtlich nur eine 40%ige Bezuschussung möglich.</p> <p>Im ISM-Programm sind Mittel für Projekte mit Migrationshintergrund vorgesehen. Frau Pallien fragt nach, ob der Ausschuss Migration zu Gesprächen auch Einladungen</p>	<p>AMIF-Kriterien wird Frau Pallien zusenden</p>

		<p>erhalten kann.</p> <p>Veranstaltung „Tag des Flüchtlings“ und evtl. weitere Veranstaltungen</p> <p>Ideen: ein Thema könnten die Abschiebungen nach Afghanistan sein oder die Unterbringung in Griechenland oder Bosnien.</p> <p>Beim nächsten Ausschusstreffen soll entschieden werden, welches aktuelle Thema wir angehen wollen und ob wir damit die Bevölkerung ansprechen oder eine Fachveranstaltung planen.</p> <p>Die Migrationsdienste sollen bis zum nächsten Treffen nach Themen für eine Fachveranstaltung angefragt werden. Helmut Selzer schlägt Identitätsklärung und Ausbildungsduldung vor. Willi Mayer benennt Herrn Jens Dieckmann als Referenten.</p> <p>Schließung der Ausländerbehörde in Saarbrücken</p> <p>Das Saarländische Innenministerium hat ohne Vorankündigung Ende Januar mitgeteilt, dass die Außenstelle Ausländerbehörde Saarbrücken seit Januar nach Lebach umgezogen ist. Rudolf Bard und Stefan Gebhardt tragen die Argumente vor, die gegen die Schließung der Ausländerbehörde Saarbrücken sprechen und befürworten, dass der LIGA-Hauptausschuss eine entsprechende Stellungnahme an das Innenministerium sendet. Dies wird befürwortet, um für alle Menschen mit einem Aufenthaltstitel eine bürgernahe Dienstleistungsbehörde zu erhalten. Frau Pallien stellt einen Entwurf, der allen zur Ergänzung zugeht. Drei Forderungen:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Entscheidung rückgängig machen2. Fahrtkostenerstattung bei allen Vorsprachen3. regionale Sprechstunden in allen Kreisstädten <p>Einladungen von Gästen in 2021</p> <p>Folgende Überlegungen zur Einladung von Gästen für die geplanten Ausschusssitzungen werden festgehalten:</p>	
--	--	--	--



		<p>07.04.21 – drei Vertreter aus anderen LIGA-Ausschüssen</p> <p>12.05.21 – Innenministerium</p> <p>23.06.21 – Sozialministerium</p> <p>15.09.21 – BAMF, neuer Leiter Herr Helm, Lobbyarbeit MBE/JMD, Verfahrensberatung</p> <p>Weitere Gäste für die 2. Jahreshälfte werden nach aktuellen Themen eingeladen.</p>	
--	--	--	--

Nächste Sitzung: 07.04.2021 - 9:00 Uhr

Protokoll: Rudolf Bard